



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0068/2022

Vorlage: ST/0076/2022		Datum: 27.05.2022	
Dezernat 1			
Verfasser:	01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten	Az.:	
Betreff:			
Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE-PARTEI.: Digitale Beteiligungsformen und Bürger:innenräte als Mittel zur Erneuerung und Stärkung der Demokratie			
Gremienweg:			
30.06.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		einstimmig	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		abgelehnt	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		verwiesen	vertagt
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Enthaltungen	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Stellungnahme:

Die Verwaltung der Stadt Koblenz bietet den Bürgerinnen und Bürgern bereits heute zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen. Dabei sind zwei Fragen wesentlich: Wie können sich die Koblenzerinnen und Koblenzer mit Fragen, Hinweisen oder Vorschlägen an die Stadt wenden und wie werden sie bei bestimmten Sachfragen aktiv eingebunden.

Mit der Petitionsstelle, über die Eingaben digital, telefonisch oder schriftlich an den Oberbürgermeister und alle Stadtvorstandsmitglieder herangetragen werden können, den Ratshausprechstunden und Stadteilbesuchen des Oberbürgermeisters, diversen Bürgerversammlungen zu aktuellen Themen, den Online-Sprechstunden aller Stadtvorstandsmitglieder, dem Bürgerpanel der Statistikstelle, den verschiedenen fachlichen Ansprechpartnern in der Verwaltung, dem Angebot von Hotlines in aktuellen Situationen und vielem mehr existieren vielfältige und niedrigschwellige Möglichkeiten, an die Stadt heranzutreten. Dabei wird jede Eingabe individuell beantwortet.

Diese Beteiligungsmöglichkeiten werden regelmäßig evaluiert und sollen vor allem im digitalen Bereich erweitert werden. Deshalb arbeitet die Verwaltung gegenwärtig an der Einrichtung eines digitalen Schadensmelders, der auch die Möglichkeit von Anregungen und Fragen bieten soll. Nach Fertigstellung dieses Tool wird die Verwaltung den Stadtrat mit einer Vorlage informieren und gleichzeitig über die Prüfung weiterer digitaler Tools berichten. Dies hatte sie auf Antrag einer Ratsfraktion ja bereits zugesagt.

Um die Koblenzerinnen und Koblenzer darüber hinaus an bestimmten Sachfragen zu beteiligen, sind bereits in der GemO oder im Baugesetzbuch verschiedene Beteiligungsverfahren vorgesehen. Dazu zählen u.a. der Einwohnerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide oder Beteiligungen bei Baufragen.

Trotzdem prüft die Stadt gerne weitere und innovative Beteiligungsverfahren. So sollen z.B. bei den Planungen zur Buga 2029 die Koblenzerinnen und Koblenzer konkret miteinbezogen werden. Hier wäre es möglich, das grundsätzliche Modell eines Bürgerrates auszuprobieren. Die Verwaltung prüft deshalb derzeit auch mit externen Dienstleistern, wie eine Beteiligung zur Buga genau strukturiert und aufgebaut werden könnte. Die Beteiligung eines Bürgerrates bietet hier unterschiedliche Möglichkeiten.

Die hier gesammelten Erfahrungen können dann für mögliche weitere Einsätze eines Bürgerrates genutzt werden.

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat begrüßt, dass bereits heute viele niedrigrschwellige und digitale Beteiligungsmöglichkeiten bestehen und die Verwaltung weitere digitale Beteiligungsmöglichkeiten prüft. Die Verwaltung wird den Rat über die Prüfergebnisse informieren.
2. Der Stadtrat beschließt, für die Planungen der Buga 2029 einen Beteiligungsprozess mit Hilfe eines Bürgerrates durchzuführen und beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für ein entsprechendes Beteiligungsverfahren vorzulegen. Dabei wird der Fachtag zur Erneuerung der Demokratie einbezogen.